

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

350

Wien, am 22. Dezember 1932.

Budgetberatung 1933

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 22. Dezember 1932.

Vorsitzender GR. Weigl eröffnet nach 16 Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingegangen und die Spezialdebatte über das Budget 1933 fortgesetzt.

Die Spezialdebatte über das Kapitel "Technische Angelegenheiten" leitet STR. Richter mit folgendem Bericht ein:

Das Budget wurde mit der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzwungenen Sparsamkeit erstellt. Die Gesamteinnahmen sind mit rund 27 Millionen Schilling um 1 Million Schilling niedriger veranschlagt als im Jahre 1932; die Ausgaben betragen 45.7 Millionen Schilling und sind um rund 2 Millionen Schilling niedriger.

Der Strassenpflegebetrieb wird im Jahre 1933 im allgemeinen im gleichen Ausmass wie im laufenden Jahre geführt werden. Für die Strassenreinigung sind 1.100 Strassenarbeiter vorgesehen. Die maschinelle Reinigung wird durch 8 Kehrzüge und 4 Aufsammelmaschinen durchgeführt; für die Strassenkehrrichtabfuhr werden 12 Züge des Lastkraftwagenbetriebes und nach Bedarf Unternehmerfuhrwerk verwendet. Die Bespritzung wird ausschliesslich durch den städtischen Lastkraftwagenbetrieb mit durchschnittlich 21 Autosprengwagen pro Tag geleistet werden. Für die Hauskehrrichtabfuhr ist der Betrieb von 59 Coloniasammelzügen eingesetzt. Für die Schneepflugbespannung und Schneeabfuhr ist im Hauptvoranschlag ein Betrag von 536.000 Schilling für Unternehmerfuhrwerk vorgesehen. Für Aufstreuozwecke bei Glatteis ist die Beschaffung von 6.000 Kubikmeter Aufstreusand mit einem Aufwand von rund 84.000 Schilling veranschlagt. Die Strassenölung wird im bisherigen Ausmass aufrechterhalten; es werden mit dem vorgesehenen Aufwand von über 1 Million Schilling rund 2,500.000 Geviertmeter Strassenfläche geölt werden. Für die weitere Ausgestaltung des Coloniasystems ist ein Betrag von 55.000 Schilling zwecks Anschaffung von rund 1000 Kübeln samt den notwendigen Anhängervorrichtungen und Ständern eingesetzt.

Im Gartenwesen ist ein Gesamtaufwand von 2,439.270 Schilling vorgesehen gegen 2,556.120 Schilling im Jahre 1932. Durch die Schaffung des Parkes an Stelle des Bürgerversorgungshauses hat sich das Gesamtflächenausmass der öffentlichen Gartenanlagen um 15,700 Geviertmeter erhöht.

Mit Rücksicht auf die bestehende Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Einnahmeentgang beim städt. Bäderbetrieb wurde im Hauptvoranschlag pro 1933 bei allen Ausgabeposten grösste Sparsamkeit vorgesehen. Grössere Herstellungen sind trotzdem bei den Sommerbädern vorgesehen, die im heurigen Jahre einen Besuch von 1,885.000 Personen gegen 1,780.000 Personen im Vorjahre aufzuweisen hatten.

Die Kinderfreibäder, die sich bestens bewährt haben und der unverminderten Beliebtheit der Jugend erfreuen, sollen durch Schaffung einer neuen Anlage, die voraussichtlich im Währingerpark zur Aufstellung gelangt wird, einen abermaligen Zuwachs erhalten. Im heurigen Jahre waren die Kinderfreibäder von 1,288.000 Kindern gegen 1,172.000 im Vorjahre besucht.

Der städt. Wäschereibetrieb in der Schwenkgasse verfügt über Betriebseinrichtungen, die ihm die Reinigung von ca. 3,000.000 Kilogramm Anstaltswäsche jährlich ermöglichen. Die derzeitige Ausnützung dieser Betriebseinrichtungen ist nur eine etwa 50 prozentige. Durch die Auflassung der den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechenden Wäscherei des

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Verdorgungsheimes in Lainz und Uebertragung der Wäschereinigung an die Wäscherei Schwenkgasse wird die Waschleistung dieser Wäscherei auf etwa 2,200.000 kg jährlich gehoben werden. Infolge dieser Zusammenlegung der Wäschereinigung ergeben sich auch namhafte Ersparnisse für die städt. Wohlfahrtsanstalten.

Die städt. Werkstätten haben alle jene Arbeiten und Herstellungen, die auf Massenerzeugung hinauslaufen oder die sich leicht durch die städt. Kontrahenten herstellen lassen, aufgegeben und führen nunmehr die hauptsächlich einer Heizwerkstätte zukommenden Reparaturen in städt. Amts- und Anstaltsgebäuden durch.

Der Voranschlag für Strassenerhaltung und Strassenbau bewegt sich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem engeren Rahmen als im Jahr 1932. Die laufende Erhaltung ist in derselben Höhe wie im Jahre 1932 geblieben.

Zu den vorgesehenen Erneuerungen und Neuherstellungen von Strassen kommen noch die Arbeiten aus dem ausserordentlichen Strassenbauprogramm, die im Jahre 1932 nicht gemacht werden konnten. Es steht zu diesem Zwecke ein Betrag von 3,500.000 bis 4,000.000 Schilling zur Verfügung.

Im Bezug auf den Brückenbau ist die Gemeinde seit dem Kriegsende vor die mit grossen finanziellen Opfern verbundene Aufgabe gestellt, eine Reihe von Donaukanalbrücken durch Neubauten zu ersetzen, die in den 80er Jahren des vorigen Jahrhundert aus einem Material erbaut worden sind, das im Laufe der Jahre an Festigkeit eingebüsst hat und nicht mehr im Stande ist, den durch Vermehrung des Gewichtes und der Ladefähigkeit der Fahrbetriebsmittel erheblich gesteigerten Anforderungen des Verkehrs zu genügen.

Nachdem aus diesem Grunde die wichtigsten Brücken über den Oberlauf des Donaukanales, die Friedens- und Augartenbrücke, erneuert und in den Jahren 1926 und 1930 dem Verkehr übergeben worden sind, soll nun auch für die südöstlichen Bezirke ein der Verkehrsbedürfnissen entsprechender Uebergang über den Donaukanal an Stelle der unzulänglich gewordenen Rotundenbrücke geschaffen werden. Der Brückenneubau wird Kosten im Betrage von ungefähr 5,000.000 Schilling verursachen. Der für das Jahr 1933 vorgesehene Betrag von 10.000 Schilling soll für Vorarbeiten, insbesondere für die Erschliessung der Untergrundverhältnisse durch Tiefbohrungen, verwendet werden. Hierauf wird zur Erlangung von Entwürfen eine Ausschreibung mit halbjähriger Frist veranlasst werden. Für die Erhaltung der städt. Brücken sind nahezu 225.000 Schilling, also ein wesentlich höherer Betrag als in den vorangegangenen Jahren vorgesehen.

Zu fast der gleichen Zeit wie die vorgenannten Donaukanalbrücken und aus dem gleichen, an den Erzeugnissen der heutigen Hüttentechnik gemessen, als minderwertig zu bezeichnenden Eisenmaterial ist auch die über den Donaustrom führende "Reichsbrücke" erbaut, die ausserdem noch den Mangel aufweist, dass sie für den äusserst lebhaften Verkehr zu schmal ist. Als es den Brückenbautechnikern des Bundes und der Gemeinde gelungen war, eine entsprechende Lösung für den Umbau dieser Brücke zu finden, wurden die Verhandlungen über die Kostenaufteilung zwischen Bund und Gemeinde aufgenommen und im August des heurigen Jahres mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass die Gemeinde einen Beitrag von 32 1/3 Prozent zu den Kosten dieses Brückenbaues leistet. Die Ratifizierung dieses Uebereinkommens und die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel werden in nächster Zeit den Gemeinderat beschäftigen. Die neue Reichsbrücke wird eine durchaus sehns-

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

spurige Fahrbahn erhalten; es können also ausser der in der Fahrbahnmittle zweigleisig fahrenden Strassenbahn in jeder Fahrtrichtung 2 Fuhrwerke verkehren. Es werden die an die Strombrücke anschliessenden Innndations- und Kaibrücken, die aus Granitgewölben bestehen, auch für die neue Brücke verwendet und zu diesem Zwecke durch Einziehen von Eisenbetongewölben verbreitert werden. Die Kosten des Brückenbaues sind vom Bundesministerium für Handel und Verkehr mit 25'6 Millionen Schilling veranschlagt worden. Der Bau dürfte etwa 4 Jahre in Anspruch nehmen. Derzeit werden Bodenuntersuchungen durchgeführt, deren Ergebnis für das weitere Vorgehen massgebend ist. Die Gemeinde kann mit Genugtuung sagen, dass sie alles getan hat, um die Lösung der Reichsbrückenfrage zu ermöglichen.

Der Voranschlag des Betriebes Wasserversorgung für das Jahr 1933 schliesst mit einer Nettoeinnahme von 1,882.740 Schilling ab, wobei angenommen wird, dass die Einnahmen voraussichtlich um etwa 200.000 Schilling geringer als die für 1932 sein werden. Dieser Ausfall wird durch den Rückgang des Wasserverbrauches verursacht, da eine Reihe von bisher an die Wasserleitung angeschlossener Südbahngemeinden nunmehr das Wasser aus der Marientalerleitung beziehen.

Beim Betrieb Kanalisationswesen soll in baulicher Hinsicht ausser den unbedingt notwendigen Instandhaltungsarbeiten insbesondere die Aktion des Umbaues der alten, überaus schadhaften Ziegelkanäle in Betonkanäle fortgesetzt werden, womit gleichzeitig eine Eindämmung der Rattenplage verbunden ist. In betriebstechnischer Hinsicht werden im Jahre 1933 die im laufenden Jahre begonnenen Massnahmen zur Verbesserung der Betriebs-einrichtungen durch Einführung von Fernsprechstellen in den einzelnen Bezirksbetriebslokalen fortgesetzt. Es wird dadurch ausser der erleichterten Betriebsführung auch ermöglicht werden, dass die Bevölkerung bei Hauskanalgebrechen die Anzeigen telephonisch erstatten kann.

Für den Ausbau der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ist für das Jahr 1933 der gleiche Betrag vorgesehen, der im Jahre 1932 zur Verfügung stand. Bis Ende 1932 werden 28.140 elektrische Lampen im Betriebe sein, wodurch Strassen und Wege in einer Länge von etwa 840 Kilometer eine elektrische Beleuchtung besitzen. Nach Vollendung der im Programm 1933 vorgesehenen Beleuchtungsherstellungen werden rund 900 Kilometer Strassen und Wege elektrische Beleuchtung erhalten; es wird die Elektrifizierung der Gasbeleuchtung in den Bezirken 4, 5, 6, 7, 8 und 14 bis Ende 1933 vollkommen durchgeführt sein. Die Bezirke 6, 7 und 14 sind bereits fertig. Am 22. Juli 1932 wurde am Karlsplatz die 25.000 Lampe nach einer Bauzeit von 7 $\frac{1}{2}$ Jahren in Betrieb gesetzt. Durch die Elektrifizierung sind bisher rund 29.600 Gaslampen entbehrlich geworden. Der Gesamtstand der noch in Betrieb befindlichen Gaslampen beträgt derzeit noch 15.680. Durch die Einführung der elektrischen Beleuchtung wird die Einfuhr von 20.500 Tonnen ausländischer Kohle jährlich erspart.

Der so wichtigen Frage der wirtschaftlichen Ausnützung der Brennstoffe im städtischen Haushalte, deren Bedeutung durch einen Jahresverbrauch von rund 4.000 Waggons hochwertiger Kohle gekennzeichnet ist, wird durch die Beibehaltung der Heizkontrolle entsprochen werden, die sich bestens bewährt hat und mit einem Minimum an Kostenaufwand, es werden 6 vorhandene Maschinisten als Kontrollorgane verwendet, infolge entsprechender Organisation die Aufsicht über die sparsamste Verwendung des Brennstoffes sichern. Die Gemeinde wird auch im kommenden Jahre bemüht sein, in der Verwendung österreichischer Kohle weitere Fortschritte zu erzielen. Derzeit werden bereits rund 2.000 Waggons österreichische Kohle an Stelle von ausländischer im Jahre verfeuert. (Lebhafter Beifall).

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Erholungsurlaub für die erwerbstätige und arbeitslose Jugend.

Für die erwerbstätige und arbeitslose Jugend ist mit Unterstützung der Krankenkassen Oesterreichs, der Gemeinde Wien, des Wiener Fortbildungsschulrates und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Niederösterreich und das Burgenland das Erholungsheim Bad Fischau an der Schneebergbahn den ganzen Winter hindurch geöffnet. Die Aufnahme der erwerbstätigen Jugendlichen findet bei den Bezirksstellen der Arbeiterkrankenversicherungskasse, bzw. bei den betreffenden Kassen selbst statt. Für die arbeitslose Jugend wird in der Lehrlingsfürsorge-Aktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Hanuschgasse 3, im Hof rechts, Auskunft über die Aufnahmebedingungen gegeben. Der erste Transport für die männliche Jugend geht am Mittwoch, den 4. Jänner, ab.

Römisches Museum der Stadt Wien.

Das römische Museum der Stadt Wien bleibt am Samstag, den 24. Dezember, geschlossen.

Nach dem Bericht des STR. Richter spricht zunächst GR. Schiener (chr.). Er bestreitet zunächst die Behauptung des amtsführenden Stadtrates, dass genügend Vorkehrungen gegen das Glatteis der letzten Tage getroffen worden seien. Die Gemeindegemeinde kommt immer zu spät, es es sich um Schneefälle, um Glatteis oder dergleichen handelt. Der klägliche Voranschlag zeigt sehr deutlich, wie berechtigt unsere Kritik an der Gemeindeverwaltung war. Da aus der Wirtschaft nichts mehr herausgepresst werden kann, sind wir bereits soweit, dass die Gemeindegemeindekassen leer sind und die Reserven herangezogen werden müssen. Die Wirtschaft der Sozialdemokraten hat die Wirtschaft der Stadt ruiniert - Es ist daher begreiflich, dass der Gewerbestand, der da vor allem in Mitgliedenschaft gezogen wurde, den Abgang des St. R. Bräitner begrüsst und ihm keine Träne nachweint. Leider ist der neue Finanzreferent ein gelehriger Schüler des St. R. Breitner. Der Redner befasst sich sodann im einzelnen mit dem Voranschlage und bemängelt die geringen Ansätze für die Erhaltung der Denkmäler und der Denkmalbrunnen sowie für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen. Wenn Sie auch infolge Ihrer religionsfeindlichen Haltung für die Erhaltung religiöser Stätten nichts übrig haben, müssten Sie doch aus Rücksicht ^{dem} den Fremdenverkehr viel mehr tun. Der Redner beklagt sich sodann darüber, dass die Gemeinde durch den Fuhrwerksbetrieb, die Dampfwascherei und die städtischen Werkstätten dem privaten Gewerbe eine nicht erlaubte Konkurrenz mache und bemerkt in der Besprechung der städt. Bäderverwaltung, dass die Mehrheit die Bäder nicht als eine Einrichtung zum Wohle der Bevölkerung betrachtet, sondern als ein Geschäftsunternehmen, das möglichst viel zu tragen hat. Aus dem Titel der Strassenerhaltung und des Strassenbaues nimmt die Gemeinde fast 3 Millionen ein, gibt aber um eine halbe Million weniger aus, das heisst, sie verdient auch hier. Dafür sind aber auch die Strassen in einem so elenden Zustand wie nie zuvor. Als ein Privatgeschäft fast man auch die Wasserversorgung auf. Zum Schlusse führt der Redner Klage über die Misstände, die sich bei der Vergabe von Arbeiten ergeben. Man behauptet, dass die Arbeiten nur vertrags-treuen Firmen gegeben werden. Welche Firma vertragstreu ist, bestimmt aber der Obmann der sozialdemokratischen Gewerkschaft, die betreffende Firma wird überhaupt nicht gefragt. Dass darf länger nicht geduldet werden (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

GR. Hörmayer (chr.) spricht sein Bedauern darüber aus, dass für die Erhaltung der Baulichkeiten so geringe Beträge eingesetzt sind. Für die Erhaltung der Kirchen und auch der Patronatskirchen tut die Gemeinde gar nichts. Will man wirklich alle Kirchen verfallen lassen? Da werden Sie bei uns auf Granit beißen. Der Redner stellt den Antrag, die Post für die Erhaltung der Baulichkeiten von 7.000 auf 20.000 S zu erhöhen. In Besprechung der Strassenpflege beklagt er sich dann über die mangelnden Vorkehrungen der Gemeinde anlässlich des Glatteis der letzten Tage. Wien war einige Tage lang ein Schlittschuhlaufplatz. Für die Unfälle werden allemöglichen anderen Leute, zum Beispiel auch die Hausbesorger, verantwortlich gemacht, nur nicht die Gemeinde, die in erster Linie verantwortlich ist. Damit, dass erst um 3 oder 5 Uhr nachmittags 1000 Arbeiter eingesetzt werden, ist gar nichts getan. Es ist halt so, dass sich die Gemeinde immer darauf verlässt, dass die Firma "Regen und Wind" die Arbeit für sie besorgt. Auch ihre Verpflichtung zur Reinigung der Gehwege erfüllt die Gemeinde nicht. Am Praterstern oder in der Taborstrasse sieht es aus, wie auf der Mistablagerungsstätte im Bretteldorf. Auch die Bevölkerung müsste zu einer grösseren Reinlichkeit herangezogen und die Papierkörbe müssten öfter ausgeleert werden. Ein Strassenkehrer ist in Wien schon zu einem Karosum geworden. Der Redner bringt sodann einige Wünsche in Bezug auf das Gartenwesen vor. In der Gartenanlage auf der Oberen Donaustrasse müsste ein Hydrant angebracht werden, in den Gartenanlagen sollten auch Nadelbäume gesetzt werden und für die Erneuerung der Gartenbänke sollte mehr Sorge getragen werden als bisher. Er verlangt weiters die endliche Renovierung der Vorkaimauern und die Schaffung eines Spielplatzes bei der Franzensbrücke. Er weist sodann darauf hin, dass für das Jahr 1933 um rund 9 Millionen oder 61 Prozent weniger für das Strassenwesen veranschlagt sind als im Jahre 1928, während die Einnahmen aus diesem Titel sehr angestiegen sind. Er fordert weiters die möglichst rasche Erneuerung der Rotundenbrücke, die bei Veranstaltungen im Stadion oder in der Rotunde stark überlastet ist, und den raschesten Beginn der Arbeiten an der Reichsbrücke. Endlich müsste auch die Rattenplage bei der Aspernbrücke durch Instandsetzung der Kaimauer beseitigt werden. Er erklärt schliesslich, dass er gegen den Voranschlag /-stimmen werde (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Ing. Schaffer (nat. soz.) verweist auf die Vorkommnisse anlässlich der Glatteisperiode. An diesem Skandal können auch die offiziellen Erklärungen nichts ändern, durch die höchstens der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut wird, statt ihn auf die Strasse zu streuen. Man hätte schon jetzt die Schneearbeiteraufnahmestellen aktivieren sollen, wodurch es möglich gewesen wäre, eine entsprechende Anzahl von Hilfskräften aufzunehmen und zahllosen Arbeitslosen vor Weihnachten einen Verdienst zu schaffen. Auch die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe V weisen einen augenscheinlichen Schrumpfungsprozess auf. Für die Erhaltung der Kirchen, Kapellen und Denkmäler wurden im Jahre 1931 51.000 Schilling ausgegeben, für 1933 sind nur 11.500 Schilling eingesetzt. Eine Stadt von der kulturellen Bedeutung Wiens hat dafür zu sorgen, dass diese Baulichkeiten erhalten werden, auch wenn sie zufällig eine sozialdemokratische Mehrheit hat. Er beantragt, diese Post auf 40.000 Schilling zu erhöhen. Auch der Ansatz für den städt. Fuhrwerkbetrieb ist zu niedrig, bei Schneefällen wird der Schnee wieder auf den Strassen liegen bleiben und die armen Teufel werden sich umsonst bei den Aufnahmestellen anstellen. Er beantragt die Erhöhung der Post für Schneearbeiterlöhne auf 700.000 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Die Instandhaltung der Gartenanlagen erfolgt zum grössten Teil in eigener Regie. Die dafür aufgewendeten Summen fänden eine bessere Verwendung, wenn man die gesamte Gartenerhaltung Wiens an die zahlreich vorhandenen notleidenden Privatfirmen vergeben würde. Er beantragt, für die Erhaltung der städt. Gartenanlagen ausschliesslich Privatfirmen heranzuziehen. Der Redner bemängelt die Zusammenlegung der Ausgabenposten für Volks- und Kinderfreibäder, wodurch der beträchtliche Personal- und Sachaufwand der Kinderfreibäder verschleiert wird, die Konkurrenzierung des Kleingewerbes durch die städt. Werkstätten und beantragt die Auflassung der Betriebswerkstätte in der Malfattgasse und die Uebertragung dervon ihr bisher durchgeführten Arbeiten an das Privatgewerbe. Er wünscht ^{weiter} Aufklärung über die Verwendung des Reinertrages der Wasserversorgung, kritisiert die Verringerung der Ansätze für den Betrieb und die laufende Erhaltung der Kanalisationsanlagen und beantragt, die bezügliche Ausgabenpost auf 1,400.000 Schilling zu erhöhen. Auch die Ansätze für Strassenerhaltung und Strassenbau sind zu niedrig, sodass sich immerfort die Notwendigkeit zusätzlicher Kredite ergibt. Bei der Vergebung der Strassenbauarbeiten werden einzelne Firmen, wie die Asdag und Teerag, bevorzugt. Diese Firmen werden dazu benützt, um die Preise zu drücken und roten Parteimitgliedern Pfründen zu verschaffen. Sozialdemokratische Gemeinderäte sitzen in den Verwaltungsräten dieser Unternehmungen. Der Gesiba wurde heuer die Finanzierung eines ausserordentlichen Strassenbauprogrammes übertragen. Wahrscheinlich hat die verkrachte Werkbundsiedlung die finanziellen Kräfte dieses Unternehmens derart erschüttert, dass man ihm um jeden Preis eine Sanierungsmöglichkeit geben wollte. Ein Budget, dessen Vertreter sich mit solchen Zuständen indentifizieren, müssen wir unbedingt ablehnen. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Uebelhör (chr.) bemerkt, der von St. R. Richter genannte Betrag zur Bekämpfung der Glatteiskatastrophe der letzten Tage sei bei der Grösse des Territoriums, um das es sich hier handelt, gar nicht imponieren, ja auch dieser grosse Betrag war, wie sich gezeigt hat, unzureichend. Die Erhöhung ^{der Gesamtausgaben} für die Erhaltung der Gebäude um 700.000 S ist angesichts der in den letzten Jahren eingerissenen Vernachlässigungen nicht sehr bedeutend. Zum B. wurde bei der Erhaltung der Amtshäuser sehr viel versäumt. Z. B. ist der Zustand des Hernalser Amtshauses geradezu lebensgefährlich. Dort hat man sich darauf beschränkt, das Gebäude von oben bis unten abzuklopfen. Ein ähnliches Schicksal hat das wunderschöne Eingangsgebäude am Hernalser Friedhof ereilt. Die für die Erhaltung der Kirchen, Kapellen und Pfarrhöfe eingesetzte Post ist ganz unzureichend, obwohl da sehr viel zu machen wäre. Zum Beispiel hätte die Gemeinde für den Turm der Hernalser Pfarrkirche zu sorgen. Der Turm hat im Krieg sein Kupferdach eingebüsst, das Dach, das der Turm gegenwärtig hat, ist durchgerostet. Die Pfarre Hernalts bemüht sich seit einem Jahre vergebens, die Gemeinde zur Reparatur des Turms zu bewegen, alle Bemühungen scheitern daran, dass die Gemeinde verlangt, die Reparatur müsse ohne Gerüst erfolgen. Der Redner richtet an St. R. Richter das dringende Etsuchen, sich der Sache anzunehmen und endlich eine Entscheidung zu treffen. Sodann befasst sich der Redner mit dem Strassenwesen und verweist darauf, dass Strassenölungen nur dort vorgenommen werden können wo die Flächen glatt sind. Eventuell müssen vorher Reparaturen vorgenommen werden, ehe geölt wird. Sonst entstehen in den Strassen ganze Oelseen. Auch sollte die Oelung besser sein. Dasselbe gilt von der Teerung der Wege in den öffentlichen Parkanlagen. Der Redner führt sodann Beschwerde darüber, dass im Rathause der Gang der zum Gemeinderatssitzungssaal führt abgemauert worden ist. War das wirklich notwendig, nur um drei kleine Räume zu gewinnen? Es ist

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

gerade zu ein Verbrechen den schönsten gotischen Bau Wiens so zu verschandeln. Der Redner ersucht, den Stadtrat Richter um Berücksichtigung der von ihm geäußerten Wünsche. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Dr. Hengl (chr.) stellt den Antrag, die Fahrbahn der Leopoldsteinerstrasse mit Granit zu pflastern.

St. R. Richter bemerkt in seinem Schlussworte, wenn nicht zu begreifen ist, dass die Gemeindeverwaltung als parteipolitisch ^{überhaupt} ~~einmalig~~ beeinflusst hingestellt werde, so sei dieser Vorwurf in seiner Verwaltungsgruppe am allerwenigsten berechtigt. Man kann parteipolitisch weder Strassen herrichten, noch Gärten anlegen, noch Wasserleitungen bauen. Dass so geringe Beträge für Kirchen und Denkmalarhaltung eingestellt sind, ist darauf zurückzuführen, dass sich die Gemeindeverwaltung in jeder Beziehung auf das dringend Notwendige beschränken muss. Das ist auch bei den amtlichen Gebäuden der Fall. Der Gemeinde deshalb den Vorwurf zu machen, dass sie religionsfeindlich sei, ist ganz falsch. Wie wenig das zutrifft, geht schon daraus hervor, dass die Gemeinde, ohne eine Verpflichtung dazu zu haben, für die Renovierung und Erhaltung der Stephanskirche eine nicht geringe Subvention gibt. Unrichtig ist es, dass der Fuhrwerksbetrieb irgendwelche Geschäfte macht. Die hohen Transportkosten ergeben sich daraus, dass die Gemeinde Spezialwagen, z. B. Spritzwagen, Coloniawagen usw. benötigt, die ein anderer Unternehmen gar nicht beistellen könnte. Unrichtig ist es, dass die Gemeinde aus den Bädern Nutzen zieht. In Wirklichkeit schliessen die Bäder mit einem Defizit ab. Das ist aber ein Defizit, das im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung getragen werden muss. Die Wasserleitung wirft im Jahr einen Überschuss von 1 Million ab. Vor dem Krieg hat sie alljährlich einen Reingewinn von 5 Millionen Kronen, das sind mehr als 7 Millionen Schilling gebracht. Bis zum Ende des Krieges hat jeder Tropfen Wasser bezahlt werden müssen, während wir 35 Liter Freiwasser pro Kopf geben und das Mehrwasser weit billiger ^{liefern} als früher. Es wurde auch über die Unfälle anlässlich der letzten Glatteiskatastrophe gesprochen. Bisher sind uns nur 2 Unfälle bekannt geworden auf Grund, die die Gemeinde zu betreuen hat. Das bedeutet bei der verhältnismässig grossen Zahl von Unfällen verschwindend wenig. Die Schliessung der Kaimauern bei der Aspernbrücke konnte bisher deshalb nicht erfolgen, weil das Land Niederösterreich den ihm obliegenden Beitrag nicht bezahlen will. Hinsichtlich der Reichsbrücke liegt ein endgültiges technisch durchgearbeitetes Projekt noch nicht vor. Der Bund hat in das Budget 1933 für die Reichsbrücke im ganzen 1 Million eingestellt. Ich kann einen Schwur darauf leisten, dass, wenn der Bund seine 77 Prozent aufbringen wird, die 32 Prozent, die die Gemeinde zu leisten hat, zur rechten Zeit da sein werden. Was die Klagen über die parteipolitische Vergebung von Arbeiten betrifft, so sei festgestellt, dass es in ganz Oesterreich keine Strassenbaufirma gibt, die sozialdemokratisch wäre. Die Firma Grundstein hat sich die Arbeiten mit anderen Firmen geteilt und hat nur solche Arbeiten bekommen, wo sie Bestbieter war, dasselbe gilt von der Teerag. Wenn wir hier und da die eine oder andere Unternehmung auffordern, in ein Bestbot einzutreten, so geschieht dies deshalb, um möglichst viele Unternehmungen ins Geschäft kommen zu lassen. St. R. Richter sagt schliesslich zu, dass er sich über den Zustand der Kalvarienbergkirche selbst informieren und dafür sorgen werde, dass Schäden, die etwa grösser werden können, selbstverständlich behoben werden (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe V werden genehmigt, der Antrag Dr. Hengl der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die übrigen Minderheitsanträge abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Die Spezialdebatte über das Kapitel " Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten " leitet amtsführenden STR. Honay mit folgendem Bericht ein:

Der Voranschlag 1933 der Verwaltungsgruppe VII unterscheidet sich zahlenmässig ausserordentlich stark von dem des Jahres 1932. Die präliminierten Bruttoausgaben sind von 8,843.150 Schilling im Jahre 1932 auf 1,421.710 im Jahre 1933 gesunken. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass nun in allen Zweigen dieser Gruppe von dem doppelischen auf den kameralistischen Rechnungsstil übergegangen wird. Es wurden daher Personal- und Sachaufwand aus dem Budget aller Abteilungen der Gruppe VII herausgenommen und in den Gruppen I und VI veranschlagt. Der Personalaufwand bei der Feuerwehr, der den Ausgaben nach an erste Stelle zu reihen ist, wurde mit 6,144.920 Schilling eingesetzt, der allgemeine Sachaufwand mit 358.940 Schilling; diese beiden Summen scheinen also in dieser Gruppe nicht auf. Sie enthält nur den Betriebs- und Investitionsaufwand der Feuerwehr mit 731.320 Schilling; gegenüber dem Jahre 1932 eine Verringerung um rund 130.000, durch die aber die Schlagfertigkeit der Feuerwehr keine Beeinträchtigung erfährt. Die Gemeindewache erscheint in diesem Budget bloss mit einer Ausgabensumme von 15.000 Schilling, da der Personalaufwand von 785.840 Schilling und der allgemeine Sachaufwand in den beiden schon genannten Gruppen präliminiert sind. Im Jahre 1932 erscheint die Gemeindewache noch mit einem Erfordernis von 916.660 Schilling im Voranschlag; das Mindererfordernis von rund 175.000 Schilling ist auf die Verringerung des Mannschaftsstandes zurückzuführen, der jetzt 200 beträgt. Die neue Verrechnungsart hat also die Budgetzahlen der Gruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten völlig verändert.

Unverändert aber ist geblieben der grosse Aufgabenkreis dieser Gruppe. Ihr sind eingegliedert der Grossteil der Verwaltungssachen, wie Staatsbürgerschafts- und Heimatsrechtsangelegenheiten, Vereins- und Versammlungswesen, Genossenschaftsangelegenheiten, Wahlen, Zivilrechtsangelegenheiten; administrative Sicherheits- und Verkehrspolizei, kommunales Polizeiwesen, alle Gewerbeangelegenheiten, Stadtregulierung und Vermessungswesen, Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei, die Veröffentlichungen, die Kunstangelegenheiten und das Bildungswesen.

Die Gesamtkosten der Feuerwehr sind mit 7,235.080 Schilling veranschlagt. Im Jahre 1932 waren es 7,532.420 Schilling. Für den Bau neuer Geräte sind 115.000 Schilling und für neue Ausrüstungsgegenstände 34.630 Schilling vorgesehen. Zur Anschaffung kommen fünf sechsachsige Geländewagen, ferner werden zweckentsprechende Wagenaufbauten durchgeführt werden. Schlagkraft und Alarmbereitschaft der Berufsfeuerwehr bleiben auch im Jahre 1933 voll aufrecht. Vom 1. Jänner bis 30. November 1932 verzeichnet die Feuerwehr 3785 Aktionen; davon entfallen auf Brände 1.104. Der Personalstand beträgt 1090, darunter 23 Offiziere und 44 Feuerwehrmeister. Die Feuerwehr verfügt über 45 benzinelektrische und 143 benzinautomobile Feuerwehrgeräte, 8 Inspektionswagen (Motorräder mit Beiwagen und Motordreiräder), 1 Telegraphenbauwagen, 8 benzinautomobile Dienst- und Wirtschaftswagen, 4 Omnibusse, 1 Autoanhänger als Benzintankwagen und 6 fahrbare Ladeaggregate. Die Feuerwehr-, Telegraphen- und Telefonlinien bestehen aus rund 105.6 Kilometer Kabelleitung und 606 Kilometer Oberleitung, an die neben den internen Stationen 807 öffentliche und 293 private Feuermelder sowie 100 Fernsprechstellen angeschlossen sind.

Wir haben 39 Feuerwachen, davon sechs Hauptwachen und sieben Siedlungsfeuerwehren. Die Einnahmen der Feuerwehr sind mit 229.530 Schilling veranschlagt. Hier ist die Hauptpost 143.760 Schilling für den Feuertienst

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

in den Theatern.

In den elf Monaten dieses Jahres sind 131 Feuerwehrmänner im Dienst verunglückt, davon acht schwer. Ich spreche gewiss im Namen aller Mitglieder des Gemeinderates, wenn ich von dieser Stelle aus besonders diesen, aber auch allen anderen Feuerwehrmännern und ihren tüchtigen Offizieren für die tadellose Pflichterfüllung in aller Öffentlichkeit danke und feststelle, dass wir stolz auf unsere Feuerwehr sind, die mit vollem Recht als Hochschule für das Feuerlöschwesen bezeichnet wird.

Von den übrigen Ansätzen der Verwaltungsgruppe VII will ich die wichtigste kurz streifen. Die Post Wahlangelegenheiten konnte mit der geringen Summe von 90.000 Schilling veranschlagt werden gegenüber 480.000 Schilling im Jahre 1932, da im kommenden Jahre keine Gemeinderatswahlen stattfinden werden.

Für das Gewerbeförderungsinstitut ist, so wie in den früheren Jahren, der im Stiftbrief vorgesehene Jahresbeitrag von 20.000 Schilling präliminiert. Dieses Institut hat im Jahre 1932 dem Wiener Gewerbe dadurch genützt, dass es bei namhaften ausländischen Importeurfirmen das Interesse für das Wiener Exportgut immer wieder neu geweckt hat; auch einige kunstgewerbliche Ausstellungen und Schulen wurden subventioniert.

Die Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte werden unverändert mit 20.000 Schilling subventioniert. Die Ausgaben zur Förderung der Gegenwartskunst durch Ankäufe von Gemälden, Stichen, Pastiken usw. von Wiener Künstlern betragen im Jahre 1932 rund 63.000 Schilling, obwohl im Voranschlag kein Betrag vorgesehen war. Diese Ausgabe ist aber bedeckt durch die Widmung von 100.000 Schilling, die der Gemeinderat im Jahre 1931 für die Kunstförderung bewilligt hat. Die Anträge des Kunstbeirates wurden vom Gemeinderatsausschuss zum grössten Teil angenommen. Die schwierigen Finanzverhältnisse gestatten leider nicht die abermalige Einstellung von 100.000 Schilling für den Ankauf von Werken der Gegenwartskunst in dieses Budget. Wir haben aber den vom Jahre 1932 verbliebenen Rest per 37.000 Schilling auf 75.000 Schilling ergänzt; diese Summe finden Sie auch im Voranschlag verzeichnet und sie wird im Jahre 1933 den Künstlern zugute kommen.

Was die städtischen Museen, Sammlungen, Büchereien und das Archiv anlangt, so weist der Voranschlag keine nennenswerten Veränderungen gegenüber 1932 aus.

Empfänge haben heuer nicht stattgefunden; auch für das kommende Jahr sind sie nicht vorgesehen.

Schliesslich teile ich noch mit, dass die Zahl der bei der Gemeinde angemeldeten goldenen Hochzeiten ununterbrochen steigt. Im Jahre 1920 meldeten bloss 73 goldene Hochzeitspaare ihren Anspruch auf die städtische Ehrengabe an, 1931 waren es bereits 303 und heuer sind es schon 328 goldene und 16 diamantene Hochzeitspaare. Für diese in allen Kreisen der Bevölkerung geschätzte Aktion sind 30.000 Schilling im Voranschlag enthalten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Kotzaurek (christl. soz.) erblickt einen wesentlichen Unterschied zwischen der früheren christlichsozialen und der gegenwärtigen sozialdemokratischen Verwaltung der Stadt Wien darin, dass ~~Erstere~~ jederzeit bestrebt war, den Interessen der Gesamtbevölkerung zu dienen, während die Tätigkeit der ~~Letzteren~~ vornehmlich auf das Parteiinteresse gerichtet ist. Eine ausschliessliche Rücksichtnahme auf das Parteiinteresse schliesst aber die Objektivität von vorneherein aus. Ueberdies ist der Verwaltungsapparat gegenwärtig zu umständlich und schleppend. Daran ist nicht die Beamtenschaft schuld, die durchwegs ausgezeichnet ist, sondern das System der ^{Sparmassnahmen} und die Parteipolitik. Während die Verleihung einer Gewerbe Konzession beispielsweise im allgemeinen/seinr lange Zeit beansprucht, gibt es keine Schwierigkeiten, wenn es sich darum handelt, einem Parteiangehörigen eine Gast-, Kaffeehaus- oder Kinokonzession zu bewilligen. Der Redner verweist darauf, dass der Firma Payer & Schmutzer bei ^{der} Verlegung ihres Betriebs aus einem Bezirk in den anderen und bei der Errichtung von Annahmestellen die grössten Schwierigkeiten gemacht werden. Bei der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband hat sich die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung Methoden zurecht gelegt, die vom Standpunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik nicht zu rechtfertigen sind. In erster Linie sollten Angehörige der österreichischen Bundesländer berücksichtigt werden, aber gerade ihnen gegenüber beweist die Gemeinde ein sehr geringes Entgegenkommen. Ein Mann, gegen den garnichts vorliegt und der seit Jänner 1922 in Wien polizeilich gemeldet ist, konnte die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband bisher nicht erreichen, vielleicht deshalb, weil er Unteroffizier des Bundesheeres ist. Polnische oder rumänische Juden werden aber mit offenen Armen aufgenommen. So lange in dieser Hinsicht keine Aenderung eintritt, kann die christlichsoziale Fraktion für den Voranschlag nicht stimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Uebelhör (christl. soz.) verlangt im Interesse der Ermöglichung und Erleichterung der Ausübung des Mandates die Drucklegung der stenografischen Protokolle. Bis zum Frühjahr wurden Auszüge aus dem stenografischen Protokoll an die Mitglieder des Gemeinderates versendet, seither ist auch das eingestellt worden. Der Redner beantragt: Die stenografischen Protokolle des Wiener Gemeinderates sind in Druck zu legen und den Gemeinderäten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Im Falle der Ablehnung beantragt er : Das stenografische Protokoll ist auszugsweise zu vervielfältigen und mit der Rathauskorrespondenz an die Mitglieder des Gemeinderates zu versenden.

Er beantragt schliesslich: Namen, Stand und Adresse der Personen, die in Wien eingebürgert werden, sind im Amtsblatt der Stadt Wien zu veröffentlichen. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Wernisch (christl. soz.) erklärt, dass die christlichsoziale Fraktion mit der Art und Weise, wie Ersparungen gemacht wurden, nicht einverstanden ist. Es gibt im Budget viele Posten, die eine Ersparung vertragen würden, ohnedass dadurch der Pflichtenkreis der Gemeinde eingeschränkt werden würde. Hätte die derzeitige Gemeinderatsmehrheit gegenüber den freiwilligen Feuerwehren eine andere Einstellung, so hätten sich sicher beim Personalaufwand für die städtische Berufsfeuerwehr Ersparungen erzielen lassen. Die Gemeindegewache ist ein Lieblingskind der Mehrheit. Für

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am _____

einen Stand von 200 Mann wird der Kostenaufwand mit 785.000 Schilling präliminiert. Es entfallen also pro Mann monatlich 300 Schilling. Die Vergütungen, die an die Gemeindegewache ausgegeben werden, kann man nur als eine Art Arbeitslosenunterstützung bezeichnen, da die Gemeindegewache absolut nichts leistet. Stadtrat Dr. Tandler hat hier im Gemeinderat in beweglichen Worten die Notlage der Künstler und deren verschämte Armut geschildert, leider aber hat die Gemeindeverwaltung für die Kunstförderung ganz unzulängliche Beträge vorgesehen und ich stelle daher den Antrag, die Post Förderung von Theater- und Musikaufführungen von 20.000 Schilling auf 62.240 Schilling und die Post Förderung der Gegenwartskunst von 75.000 Schilling auf 475.000 Schilling zu erhöhen, hingegen den Gesamtaufwand für die Gemeindegewache von 842.240 Schilling auf 400.000 Schilling herabzusetzen. Der Redner beschäftigt sich dann mit den Zeitschriften "Die Wohnung" und "Blätter für das Wohlfahrtswesen" und beantragt die Einstellung der beiden Blätter. Hinsichtlich der Gewerbe-förderung stellt der Redner den Antrag, dass Arbeits- und Lieferungs-aufträge an ausländischen Firmen und Unternehmungen bis zu 500.000 Schilling der Genehmigung durch den Stadtsenat und Arbeits- und Lieferungs-aufträge an ausländische Firmen und Unternehmungen in der Höhe von mehr als 500.000 Schilling der Genehmigung durch den Gemeinderat bedürfen sollen.
(Beifall)

GR. Ing. Hözl (nat.) bemerkt, die Verwaltungsgruppe VII scheine den einen besonderen Zweck zu haben, die Bevölkerung dadurch zu schädigen, dass Fremde besonders bevorzugt werden. Was die Gemeindegewache betrifft, so wurden wohl die Kosten hierfür unter dem Druck der finanziellen Not herabgesetzt, aber sie übt noch immer ihre Funktion aus, und zwar gerade an den Stellen, wo sich die Ärmsten der Armen einfinden, beim Wohnungsamt, bei den Fürsorge- und Stellenlosenämtern. In einer Besprechung der Feuerwehr weist der Redner darauf hin, dass die Mehrheit auch diese wichtige Institution als eine Domäne der Marxisten auffasst und wendet sich in scharfer Weise dagegen, dass in den letzten Wochen durch Dienstwagen eine Hetzbroschüre des freien Gewerkschaftsverbandes zu den Dienststellen der Feuerwache geschafft worden sei und dass diese Hetzbroschüre dort aufliege. Die Einbürgerung ist nichts als ein Weg zur Schaffung geechter sicherer Wähler. Wir wenden uns auf das entschiedenste dagegen, dass so viele Juden, Ostjuden, die die Geschäftsmoral so verderben und die in der Bevölkerung Verbrechen hervorrufen, wie Steuerhinterziehung und dergleichen, eingebürgert werden. Der Vorgang,

den die Gemeinde bei der Einbürgerung übt, ist ganz kapitalistisch. Nur der wird eingebürgert, der die Taxen bezahlen und die Sicherheit bieten kann, dass er der Gemeinde nicht zur Last falle. Dabei werden öfter auch Kinder von Juden, Ungarn und Rumänen eingebürgert, deren Eltern hier gar nicht heimatherechtigt sind. Die Gemeinde will, ähnlich wie das Land Tirol die Soldaten, die um Kriege gekämpft haben durch eine Medaille geehrt hat, diesen Soldaten Anerkennung zollen. Er beantragt daher, dass die in Wien beheimateten sowie die in Wien nicht Beheimateten, jedoch ansässigen Besitzer der goldenen Tapferkeitsmedaille zu Ehrenbürgern der Stadt Wien ernannt werden. Er beklagt sich sodann darüber, dass die Beträge für Kunstförderung wesentlich gesenkt worden sind und dass diese Beträge den roten Vereinen zugute kommen. Jedes Jahr kauft die Gemeinde eine Menge moderner Gemälde. Sie sind modern, aber blödsinnig, unverständlich, entartet, mit einem Wort volks- und artfremd, jüdisch. Er verlangt sodann, dass die Tafeln mit fremdsprachigen Aufschriften besteuert werden, man würde damit eine ganz ergiebige neue Steuerquelle schaffen (Lebh. Beifall b.d. Nat.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

GR. Stöger (chr.) befasst sich in eingehender Weise mit dem Kinowesen. Er weist darauf hin, dass durch den Tonfilm der internationale Charakter des Films gebrochen wurde und auch die Vorherrschaft des amerikanischen Films stark zurückgegangen ist. Das Erfordernis der Bodenständigkeit, das dem Tonfilm im besonderen Masse zukommt, käme der Erzeugung österreichischer Filme besonders zustatten, und Wien ist für die Erzeugung deutscher Filme ausserordentlich geeignet. In keiner Filmstadt der Erde wird billiger produziert als in Wien. Wir haben hervorragende Künstler, erstklassige Ateliers, ein prächtiges Gelände. Aber in Wien krankt der Film an der ausserordentlich drückenden Lustbarkeitsabgabe, und zwar noch mehr als an der schlechten Wirtschaftslage. Während in Berlin der Film mit dem Höchstsatz von 12 Prozent belastet ist, beträgt die Steuerbelastung in Wien 28 1/2 Prozent, wozu noch die Warenumsatzsteuer kommt. Die Haltung des Rathauses gegenüber dem Kino grenzt an Wahnsinn. Ein Uraufführungstheater hat z. B. mit einer Belastung von 65 1/2 Prozent von den Bruttoeinnahmen zu rechnen. Es muss daher vor allem verlangt werden, dass die würgende Lustbarkeitsabgabe abgebaut wird. Will der Referent, dass das darniederliegende Kino sich erhebt, und damit einer der hoffnungslosesten Zweige der österreichischen Industrie zur Blüte kommt, dann würde er alles aufbieten um beim neuen Finanzreferenten zu erwirken, dass die Einstellung des Rathauses gegenüber dem Kino besser (Lebh. Beifall b. d. Chr.) Der Zensurmangel, der bei uns besteht, wirkt sich nicht nur in dem Sinne aus, dass beim Film jede Rentabilitätsberechnung unmöglich wird, er wirkt sich ~~noch~~ in kultureller Beziehung noch viel verherrender aus. Da wurde bei uns ein Dirnenfilm erlaubt, der in den europäischen Westländern und in Deutschland verboten war. Diese Schweinewirtschaft will man uns als freiheitliche Errungenschaft hinstellen.

Vorsitzender Dr. Neubauer ersucht den Redner, sich zu mässigen.

GR. Stöger bemerkt, je eher man uns von dieser europäischen Schande befreit um so besser. Der Umstand, dass heute das Kinowesen Landes Sache ist, hat zu einem wahren Chais geführt. Der amtsführende Stadtrat müsste die Initiative ergreifen, dass auf diesem Gebiet endlich Ordnung geschaffen wird. Der Redner stellt schliesslich den Antrag, der amtsführende Stadtrat möge dem Wiener Landtag einen Antrag auf Novellierung des Wiener Kinogesetzes in dem Sinne vorlegen, dass die vom Magistrat erlassenen Richtlinien für Schmalfilmvorführungen mit schwer entflammaren Filmen im Wiener Kinogesetz verankert werden (Lebh. Beifall b. d. Chr.).

GR. Perschl (christl. soz.) ~~verweist auf den starken~~ ~~Autounfälle~~ verweist auf den starken sich stets steigenden Autoverkehr, der nicht nur für die Passanten, sondern auch für die Kraftfahrer und Fahrgäste ein grosses Gefahrenmoment bildet. Auf den gefährlichen Strassenkreuzungen sind zwar Verkehrsposten aufgestellt, sie werden aber erst um 9 Uhr vormittags aufgestellt und um 8 Uhr abends eingezogen. Zur Verminderung der vielen Autounfälle wäre eine Kennzeichnung der wichtigsten Strassen erforderlich und der Redner stellt daher den Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII wird aufgefordert, im Interesse der glatten Abwicklung der Sicherheit des Verkehrs ungesäumt zu veranlassen, dass im Strassenpolizeigesetz für Wien die Kärntnerstrasse, der Stefansplatz, die Rotenturmstrasse, die Ergeben, der Kohlmarkt, die Tuchlauben, die Herrngasse und Augustinerstrasse als Hauptverkehrsstrassen erklärt und als solche gekennzeichnet werden. (Beifall bei den Christl. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt.

Wien, am

STR. Honay bestreitet in seinem Schlusswort die Richtigkeit der Behauptung, dass parteimässige Rücksichten bei der Entscheidung der Verwaltungsbehörde eine Rolle spielen. Hiefür ist nicht ein einziger Beweis erbracht worden. Die Monopolisierung des Leichenbestattungswesens ist nicht von Sozialdemokraten sondern von den Christlichsozialen eingeleitet worden; die gegenwärtige Gemeinderatsmehrheit werde auf diesem Gebiete Ordnung schaffen und deshalb der Firma Payer & Schmutzer die Errichtung neuer Filialen nicht bewilligen. Was die Heimatsrechtsverleihungen betrifft, so sind vom 1. Jänner bis 25. November insgesamt 2031 Einbürgerungen vorgenommen worden, wovon 370 auf selbstständige Gewerbetreibende und Geschäftsleute, 1038 auf Arbeiter und 455 auf Angestellte entfallen. Es ist also unrichtig, dass nur Händler in Wien das Heimatsrecht erlangen. Den vorgebrachten Fall des Unteroffizieres des Bundesheeres werde er erheben und einer objektiven Erledigung zuführen. Zu dem Antrage auf Drucklegung der stenografischen Protokolle bemerkt der Redner, dass die Drucklegung im Jahre 1931 25.000 Schillinge gekostet hätte. Es müsste ^{überdies} mindestens ein mittlerer Verwaltungsbeamter eingestellt werden, sodass die Kosten ohne Einrechnung des Papiere mehr als 30.000 Schilling betragen würden. Auch die Stadt Berlin hat bereits die Drucklegung dieser Protokolle eingestellt. Die Rathauskorrespondenz bringt einen ausführlichen Auszug aus den Reden. Wenn er von den Zeitungen nicht so ausführlich veröffentlicht wird, so ist das nicht Schuld der Rathauskorrespondenz. Ueberdies wird jedem Gemeinderatsklub ein Exemplar des stenografischen Protokolles zur Verfügung gestellt und ein Exemplar liegt im Präsidialbüro zur ständigen Einsicht auf. Auch die beantragte Veröffentlichung der Einbürgerungen im Amtsblatt ist aus Ersparungsrücksichten nicht angezeigt. Gegenüber der Behauptung, dass durch die Auflassung der freiwilligen Feuerwehren eine grössere Ausgabe für die Berufsfeuerwehr erwachsen ist, stellt STR. Honay fest, dass die Branddirektion gerade das Gegenteil feststellt. Durch die Eingliederung der freiwilligen Feuerwehren in die Berufsfeuerwehr konnte der Feuerwehrdienst so zweckmässig ausgestaltet werden, dass der Stand von 1240 auf 1067 Mann heruntergesetzt werden konnte, wobei der Feuerwehrdienst besser geworden ist. Zu dem Antrage, die Ausgaben für die Gemeindegewache zur Kunstförderung zu verwenden, bemerkt der Redner, dass die Gemeindegewache gegenwärtig einen schwierigen Dienst, insbesondere in den Fürsorgeämtern, zu versehen hat. Gerade die christlichsozialen Fürsorgevorsteher- und Stellvertreter haben sich wiederholt geäussert, dass sie mit der Dienstleistung der Gemeindegewache in den Fürsorgeämtern ausserordentlich zufrieden sind (Hört! Hört! bei den Soz. dem. Zwischenrufe bei Christl. soz.) Der tägliche Parteiverkehr bei den Fürsorge-, Arbeitslosen- und Wohnungsämtern, wo die Gemeindegewache Dienst macht, beläuft sich heute schon auf 50.000 Menschen. Es hat also die Gemeindegewache einen schwierigen und aufopferungsvollen Dienst zu leisten. Bezüglich der Kunstförderung ist festzustellen, dass die Gemeindeverwaltung von 1923 bis 1932 nicht weniger als 1,081.000 Schilling für die Ausschmückung der Wohnhaus- und Wohlfahrtsbauten, für künstlerische Arbeiten in öffentlichen Anlagen und Friedhöfen ausgegeben hat, welcher Betrag 59 Bildhauern und 21 Malern zugute gekommen ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

St.R. Honay spricht sich sodann gegen die Annahme des Antrages Dr. Vernisch auf Einstellung der Zeitschriften "Die Wohnung" und "Blätter für Wohlfahrtswesen". Wir müssen eigentlich der Gewista, die die erste Zeitschrift herausgibt, für die Herausgabe dieser Zeitschrift sehr dankbar sein, da sie der Gemeinde durch die darin enthaltenen amtlichen Mieter Verwaltungskosten erspart. Die Zeitschrift wird von der Gewista erhalten und kostet der Gemeinde keinen Groschen. Das Gleiche gilt für die Blätter für das Wohlfahrtswesen. Es liegt kein Grund zur Einstellung dieser sehr gut geleiteten Blätter vor.

Über die Not der Kunst ist nur zuzusagen, dass in unserer kapitalistischen Welt Künstler und Elend zusammengehören und dass in einer Zeit, in der die Massen lebenswichtige Artikel nicht mehr kaufen können, die nicht lebenswichtigen Dinge erzeugt, am meisten leiden. Wenn man aber weiss, was die Gemeinde in dieser schweren Zeit für die Kunst tut, wird man zugeben müssen, dass ein Anlass zu einer Kritik nicht vorhanden ist.

Dass die G. R. Hölzl, Hetzflugschriften in Dienstwagen zu allen Feuerwehrrachen geführt worden sind, ist schon deshalb unmöglich, weil Dienstwagen an alle Wachen überhaupt nicht kommen. Die Sache wird aber untersucht werden. Wie sehr die Behauptung des GR. Hölzl, dass in jeder Ausschusssitzung Kinder von Juden eingebürgert werden, geht schon daraus hervor, dass vom 1. Jänner bis 1. November dieses Jahres überhaupt nur 25 Schülern das Heimatsrecht verliehen wurde. Auf den Antrag wegen Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an alle Besitzer der goldenen Tapferkeitsmedaille muss ich zur Ablehnung vorschlagen. Bekanntlich steht das Recht auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes dem Gemeinderat zu. Man würde diese hohe und schöne Auszeichnung nur herabsetzen, wenn man sie verallgemeinern wollte. Wir sind aber bereit, die einzelnen Fälle zu untersuchen und dem Gemeinderat die Entscheidung zu überlassen.

Besitzer tschechischer Firmen höher zu besteuern als Besitzer deutscher Firmen ist schon verfassungsrechtlich unmöglich.

Viel davon, was GR. Stöger über die schlechte Qualität der Filme sagt hat, wird auch die Meinung der Mehrheit sein. Wir begrüßen eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Filmwesens. Den Antrag Stöger, der sich auf die Schmalfilme beschränkt, ersuche ich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen, weil auch wir für eine Reform auf diesem Gebiete sind.

Zu den Anträgen Perschel bemerkt St.R. Honay, dass nach dem Strassenpolizeigesetz als Hauptverkehrsstrassen diejenigen Strassen statuiert sind, wo sich Geleise befinden. Ausserdem können gewisse Strassen als Hauptverkehrsstrassen bezeichnet werden. Im übrigen wurden in dieser Frage in diesem Jahre internationale Abmachungen in Genf getroffen, die noch nicht ratifiziert sind. Die Anregungen des GR. Perschel einzelne Strassen als Hauptverkehrsstrassen zu bezeichnen sowie die Anregungen, die er wegen der Verkehrszeichen gegeben hat, werden wir überprüfen. St.R. Honay ersucht schliesslich, den Voranschlag seiner Verwaltungsgruppe zu genehmigen. (H. Perschel A. D. 103. 1000)

Der Antrag Dr. Wernisch wegen der ausländischen Bestellungen wird zurückgezogen.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VII werden genehmigt, die Anträge Stöger und Perschel der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die anderen Minderheitsanträge abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

Ueber die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1933 berichtet Vizebürgermeister Emmerling:

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1933 sind in der gleichen Weise ausgearbeitet worden wie in den beiden letzten Jahren, nämlich in der Form einer vorweggenommenen Gewinn- und Verlustrechnung, sodass alle Ansätze des Voranschlags unmittelbar mit den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Beobachtungsjahres verglichen werden können.

Die Gaswerke.

Die Gaserzeugung wird mit 333 Millionen Kubikmeter angenommen; das ist ungefähr die Menge der tatsächlichen Erzeugung des Jahre 1931 und um 4 Prozent mehr als die Annahme des Voranschlags 1932. Die Menge des verkauften Gases ist mit 298 Millionen Kubikmeter, das heisst ebenshoch wie im Jahre 1932 veranschlagt, weil nach den Beobachtungen der letzten Jahre eine gewisse Festigkeit des Absatzes auch weiterhin angenommen werden kann.

Als Erfolg des Geschäftsjahres 1933 wird ein Gebarungsüberschuss von 117.000 Schilling angenommen. Der Geldbedarf für die Investitionen beträgt rund 7.2 Millionen Schilling. Davon betreffen 1,665.000 Schilling Kreditreste für in Ausführung begriffene Arbeiten und 5,627.000 Schilling Neuherstellungen. Der gesamte Investitionsaufwand von rund 7.2 Millionen Schilling wird aus eigenen Mitteln bestritten.

Die Elektrizitätswerke.

Stromerzeugung und Bezug sind mit 470 Millionen Kilowattstunden gegen 500 Millionen Kilowattstunden im Vorjahre angenommen. Der gesamte Stromverkauf ist mit 340 Millionen Kilowattstunden, das ist um 5.6 Prozent geringer als im Jahre 1932 veranschlagt. Von der Stromerzeugung entfallen 112 Millionen Kilowattstunden (gegen 172 Millionen Kilowattstunden im Vorjahre) auf die Wiener Werke, 33 Millionen Kilowattstunden (gegen 53 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1932) auf Ebenfurth.

Der Strombezug aus den eigenen Wasserkraftwerken ist wie im Vorjahre mit rund 96 Millionen Kilowattstunden, der Fremdstrombezug mit rund 288 Millionen Kilowattstunden (gegen 178.8 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1932) angenommen.

Zentrale Wien

Für Instandhaltung sind nur die zur Erhaltung eines einwandfreien Zustandes der Anlagen notwendigsten Ausgaben im Betrage von 8,452.000 Schilling vorgesehen. Sie sind geringer als die aufgelaufenen Instandhaltungskosten des Jahres 1931 und der genehmigte Voranschlagsbetrag für das Jahr 1932. Die Kosten für die öffentliche elektrische Beleuchtung in Wien wurden mit 3,664.000 Schilling angenommen. Sie sind mit Rücksicht auf den vorgeschlagenen weiteren Ausbau der öffentlichen Beleuchtung gegenüber dem Voranschlage 1932 um geringes erhöht. Der Beitrag zur Rücklage für Ruhe- und Versorgungsbezüge wurde gegenüber dem Ansatze 1932 unverändert mit 500.000 Schilling angenommen. Mit Rücksicht auf den in der Ueberlandzentrale veranschlagten Verlust von 5,486.000 Schilling wurde als Beitrag zur Rücklage für die seinerzeitige Uebernahme der Ueberlandzentrale durch die städtischen Elektrizitätswerke ein Betrag von 5,500.000 Schilling eingesetzt. Der Wirtschaftsplan der Zentrale Wien weist einen Gebarungsüberschuss von 55.000 Schilling aus.

Ueberlandzentrale Ebenfurth

Für Neuherstellungen sind 4,530.000 Schilling veranschlagt, hievon für die Netze, Hausanschlüsse, Transformatoren und Elektrizitätszähler

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

3,460.000 Schilling. Für die Erweiterung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung ist ein Betrag von 500.000 Schilling vorgesehen, von dem 250.000 Schilling durch einen Beitrag des Gaswerkes gedeckt werden. Die Restzahlungen für Investitionen aus den Vorjahren werden 4,010.000 Schilling erfordern. Hievon entfallen auf das seinerzeitige Ausbauprogramm 3,250.000 Schilling. Das Gesamterfordernis stellt sich für Neuherstellungen auf 4,530.000 Schilling.

Die Strassenbahnen.

Der Wirtschaftsplan der städtischen U_nternehmungen wird bekanntlich auf Grund der Marktpreise und Lohnkosten erstellt, die jeweils im Oktober, das ist zur Zeit der Aufstellung des Voranschlages gelten. In diesem Sinne ist der Wirtschaftsplan der Strassenbahnen unter Rücksichtnahme auf die Frequenzbeobachtungen des laufenden Jahres bis in den Monat Oktober verfasst, das heisst unter Berücksichtigung des leider im laufenden Jahre zu beobachtenden Frequenzrückganges um weitere rund 10 Prozent. Der Verwaltungsbericht pro 1931 hat auf Strassenbahn und Stadtbahn eine Beförderungsleistung von 574.4 Millionen Personen ausgewiesen. Für das Jahr 1932 war die Beförderungsleistung mit 545 Millionen präliminiert, für das kommende Geschäftsjahr wird sie mit 477 Millionen Fahrgästen angenommen. Demgemäss wird auch die Fahrtleistung auf diesen beiden Verkehrsmitteln entsprechend geringer in Rechnung gestellt. Dem Wirtschaftsplane liegt die Annahme von 123.7 Millionen Wagenkilometern auf Strassenbahnen und Stadtbahn zugrunde. Im Autobusbetrieb ist die Beförderungsleistung mit 27.2 Millionen Personen, das ist um 4.8 Prozent geringer als im Jahre 1932, die Fahrtleistung mit 3,639.000 Wagenkilometer angenommen.

Die Personalausgaben sind mit 78.6 Millionen Schilling gegen 83.2 Millionen Schilling im Vorjahre veranschlagt. Die sozialen Ausgaben werden 6.9 Millionen Schilling gegen rund 7 Millionen Schilling im letzten Jahre erreichen. Die Erhöhung gegen 1931 (5.9 Millionen Schilling) ist ausschliesslich auf die Erhöhung der Beiträge zur Pensionskasse zurückzuführen. Für die Ruhe- und Versorgungsbezüge der Schemastisten sind rund 3 Millionen Schilling gegen 2.7 Millionen Schilling im Jahre 1932 in Konsequenz von zahlreichen Pensionierungen vorgesehen. Die Auslagen für Kraftstrom werden infolge Verringerung der Fahrtleistung nur 6 Millionen Schilling gegen 6.6 Millionen Schilling im Vorjahre betragen. Die Ausgaben für die Materialien wurden von 7.7 Millionen Schilling des letzten Wirtschaftsplanes auf 5.8 Millionen Schilling, die allgemeinen U_ntkosten von rund 9 Millionen Schilling auf 7 Millionen Schilling herabgedrückt. Damit ist im Sachaufwand so ziemlich die äusserste Grenze überhaupt möglicher Einschränkungen erreicht. Die Abschreibungen betragen 17.1 Millionen Schilling gegen 17.7 Millionen Schilling im letzten Wirtschaftsplane.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf Strassenbahnen und Stadtbahn sind um 18.6 Millionen Schilling geringer angenommen als im Ansatz 1932. Beim Autobusbetrieb wird mit einem Einnahmefall von 700.000 Schilling gerechnet. Der Wirtschaftsplan gewärtigt einen Gebarungsabgang von 21.9 Millionen Schilling bei Strassenbahnen und Stadtbahn, von 850.000 Schilling beim Autobusbetriebe und von 120.000 Schilling bei Elektrobusbetrieb. Unter solchen Umständen sind selbstverständlich die Investitionen auf ein Minimum eingeschränkt. Hiefür sind insgesamt 4.7 Millionen Schilling vorgesehen, die mit 3 Millionen Schilling aus Abschreibungsbeträgen, mit dem Reste durch Kreditabmachungen bedeckt werden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII¹/₂ Blatt

Wien, am

sollen. Von den erwähnten 4.7 Millionen Schilling sind lediglich 3 Millionen Schilling neu zubeantragende Sachkredite, während die restliche Summe Kreditreste betrifft. Die neuzubeantragenden Sachkredite betreffen nahezu ausschliesslich Erneuerungen, vorzugsweise unumgänglich notwendige Gleiseerneuerungen.

Das Brauhaus.

Der Wirtschaftsplan dieser Unternehmung ist unter Rücksichtnahme auf den andauernden Rückgang des Bierkonsums erstellt. Während im Vorjahre mit einer Erzeugung von 270.000 Hektoliter und mit einem Absatze von 253.800 Hektoliter gerechnet worden ist, ist für das kommende Geschäftsjahr die Erzeugung mit 240.000 Hektoliter, der Verkauf mit 225.600 Hektoliter veranschlagt. Demgemäss ist der Reingewinn um 100.000 Schilling geringer; er ist mit 300.000 Schilling gegen 400.000 Schilling im Ansatz pro 1932 angenommen.

Die Investitionen dieser Unternehmung, die ja bereits in allen wesentlichen Beziehungen auf das modernste ausgestattet ist, sind mit 250.000 Schilling angesetzt; sie werden zur Gänze aus eigenen Mitteln bestritten.

Leichenbestattungsunternehmung.

Dem Wirtschaftsplane liegt die Annahme von 10.310 eigenen Zählleichen, ferner von 7.170 Fällen von Teilleistungen für private Bestatter und von 1440 unentgeltlichen Leichenbegängnissen zugrunde. Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von rund 172.000 Schilling auf. Die in Aussicht genommenen Investitionen mit einem Erfordernisse von 87.000 Schilling werden selbstgerständig zur Gänze aus eigenen Mitteln bestritten.

Städtische Ankündigungsunternehmung.

Die städtische Ankündigungsunternehmung hofft auch im kommenden Geschäftsjahre ein Ergebnis zu erzielen, das im grossen und ganzen ebenso günstig ist wie die Erfolge der letzten Jahre. Der Gebarungsüberschuss wird für das kommende Geschäftsjahr mit 110.000 Schilling veranschlagt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Schluss der Sitzung 21 Uhr 55, Bogenabfertigung 22 Uhr 15

.....